

sche Dimension des FAP und die Notwendigkeit, der Wählerschaft zu zeigen, daß der FAP zur Bewältigung des Flutproblems beiträgt, muß anerkannt werden", so seine Position.

Welche Ziele

Diese Stellungnahmen lassen den FAP in einem ganz anderen Licht erscheinen. Welche Motive und Ziele haben die Financiers der Prioritätenprojekte tatsächlich? Sollen die als Experimente angelegten Projekte tatsächlich eine Pilotfunktion für Maßnahmen erfüllen, die später auf das ganze Land übertragen werden oder sind auch diese Projekte verknüpft mit politischen Versprechungen, die der ländlichen Bevölkerung gemacht werden, um Unruhe zu verhindern?

Ein Vertreter der Bundesrepublik bestätigte den deutschen Beitrag am FAP durch die Beteiligung an den Komponenten 20 und 21/22. Es hieß jedoch, daß Lösungen zur Bändigung der großen Ströme Bangladeshs noch nicht ausgereift seien und die Zeitperspektive des FAP zu kurz sei, um die notwendigen Forschungen durchzuführen. Diese Stellungnahmen beziehen sich vermut-

lich auf die laufenden Vorhaben der Weltbank, die sich nunmehr unter dem Dach des FAP als Komponente 1 und 9b befinden und deren Umsetzung aufgrund "der politischen Versprechungen" vorangetrieben werden.

Nachgeordnete Projekte

Die Weltbank hält Bauvorhaben an jeweils drei Abschnitten der Flüsse Brahmaputra und Meghna auch ohne Abschluß der begleitenden ökologischen und sozialwissenschaftlichen Studien und ohne Durchführung eines 'Ecology Impact Assessment' für notwendig. Zu diesem Ergebnis kam vor kurzem ein Expertenteam der Weltbank. Für die Weltbank sind hingegen die von der Bundesrepublik und Frankreich getragenen Komponenten, die sich ebenfalls auf Deichbauten und Deichschutz im Bereich des Brahmaputra beziehen, "von nachgeordneter Wichtigkeit" und "relativ billige und auf kurze Lebensdauer angelegte Bauvorhaben." Finanzielle Zusagen für diese "relativ billigen" und "kurzlebigen" Projekte sind von der Bundesrepublik in Höhe von 20 Millionen Mark und von Frankreich in Höhe von 10,44 Millionen FF gemacht wor-

den. Geben die Regierungen solche Millionenbeträge aus für Maßnahmen, die sich nicht direkt auf den Versuch beziehen, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern?

Diese und andere Beispiele für den Mangel an Koordination innerhalb des multilateralen Megaprojekts, das sich eine "umfassende Lösung" des Überflutungsproblems im zweitgrößten Delta der Welt zum Ziel gesetzt hat, kennzeichnen bis zum heutigen Tage den FAP.

(Übersetzung Dieter Reinhardt)

Robert W. Counseller ist Mitarbeiter der Organisation: 'Information, Alternatives & Opposition Network-International to monitor the Flood Action Plan Bangladesh' mit Sitz in Ostberlin. Er wird am 6 Juli auf dem Münchner Gegenkongreß zum Weltwirtschaftsgipfel einen Vortrag über den 'Flood Action Plan' in Bangladesh halten. Weitere Informationen über den 'Gegenkongreß' können bezogen werden über: Münchner Koordinationskreis gegen den Weltwirtschaftsgipfel, Holzstr. 2, 8 München 5, Tel.: 089-268123, FAX: 089-2603513.

Die Weltbank

Verursacher von Naturkatastrophen?

von Dieter Reinhardt

Drei Weltregionen werden in den nächsten Jahrzehnten von häufigeren und heftigeren Sturmfluten betroffen sein: die Karibik, Südostasien und Südasien, insbesondere der Golf von Bengalen. Die durch die globale Klimaveränderung ausgelöste Erwärmung der Weltmeere ist hierfür der Hauptgrund. In keinem anderen Land der Welt sterben so viele Menschen bei Sturmfluten wie in Bangladesh. Bei der letzten Sturmflut im April 1991 starben nach Regierungsangaben ca. 130.000 und nach Angaben von NGOs 290.000 Menschen. Bei der größten Sturmflutkatastrophe in Bengalen starben 1970 weit über 300.000 Menschen. Hinsichtlich der Windgeschwindigkeiten und der Höhe und Wucht von Flutwellen sind Sturmfluten in der Karibik in der Regel stärker als im Golf von Bengalen. Warum sterben bei vergleichbaren Naturereignissen an der Küste der USA nur wenige, während in Bangladesh von einer Naturkatastrophe die Rede ist?

Warum wird aus einem Naturereignis eine Katastrophe für Menschen? Wie kaum ein anderes Land ist der Haushalt Bangladeshs direkt von Entwicklungshilfe abhängig. Über die Hälfte des gesamten Haushalts Bangladeshs wird direkt über Entwicklungshilfe finanziert. Nicht mangelndes Wissen oder unzureichende Ressourcen sind die Gründe dafür, daß seit der Existenz Bangladeshs 1971 keine ausreichenden

Schutzmaßnahmen für die Küsten- und Inselbevölkerung ergriffen worden sind. Bei den politischen Prioritätensetzungen der unentwerrbar miteinander verzahnten internationalen Entwicklungshilfe und Regierungsbürokratie Bangladeshs spielen Schutzmaßnahmen eine untergeordnete Rolle. Die Weltbank als Koordinator der internationalen Hilfe nimmt dabei eine zentrale Funktion ein.

'Naturkatastrophen' sind Folge eines

Kalküls, bei dem Schutzmaßnahmen als unrentabel angesehen werden. Ein sozialdarwinistischer Zynismus, der sich in keinem offiziellen Dokument findet, der jedoch zwischen den Zeilen unübersehbar ist, ist Bestandteil der Entwicklungsbürokratie: eine vorübergehende Verlangsamung der schnellen Bevölkerungsentwicklung Bangladeshs durch 'Naturkatastrophen' erscheint aus dieser Perspektive nicht als Tragödie.



Viele derer, die die Sturmflut überlebt haben, wurden zu Bettlern (Foto: Walter Keller)

Hilfszusagen nach der Sturmflut

Als am 30. April 1991 die Bilder über die verheerenden Auswirkungen einer Sturmflut im Golf von Bengalen um die Welt gingen, lösten sie Entsetzen aus. Zahllose Erklärungen der Regierung Bangladeshs, von internationalen Institutionen und Regierungen, endlich effektive Maßnahmen zum Schutz der Küstenbevölkerung vor der nächsten Sturmflut zu ergreifen, wurden abgegeben. Lieferungen von Hilfsgütern und finanzielle Zusagen für den Ausbau eines effektiven Katastrophenschutzes trafen aus aller Welt ein. Die Bundesrepublik beteiligte sich zum Beispiel an einer Überweisung der EG und stellte dem Roten Halbmond in Bangladesh darüberhinaus weitere fünf Millionen Mark zur Verfügung. Bilateral wurden der Regierung Bangladeshs fünf Millionen Mark für den Bau von Flutschutzbunkern und den Ausbau eines Frühwarnsystems zur Verfügung gestellt. Mitarbeiter der Kreditanstalt für Wiederaufbau befürchteten jedoch, daß bis zu einer Einigung innerhalb der internationalen Gebergemeinschaft bzw. zwischen den beteiligten Regierungen und den Behörden Bangladeshs über die Standorte von Flutschutzbunkern und über den Umfang der Reparatur bzw. des Neubaus von Dämmen

wertvolle Zeit verstreichen würde.

Über die notwendigen Schutzmaßnahmen besteht hingegen in Expertenkreisen weitgehende Einigkeit. Der Bau von Flutbunkern (Plattformen, die sechs bis sieben Meter hoch sind und auf Betonstelen stehen), der Ausbau des Vorwarnsystems, Wiederaufforstungsprogramme, die Reparatur und Verstärkung von Deichen und der Ausbau von Straßen zählen hierzu. Auf 150 bis 250 Millionen US-Dollar belaufen sich die Schätzungen verschiedener Studien für die Kosten dieser Schutzmaßnahmen, die nicht nur das Überleben der Küstenbevölkerung bei Sturmfluten ermöglichen, sondern auch zur Sicherung einer landwirtschaftlichen Produktion erheblich beitragen würden.

Aid Group Meeting in Paris

Ende April fand in Paris das jährliche Treffen der 'Bangladesh Aid Group', ein Zusammenschluß der in Bangladesh engagierten Regierungen und internationalen Entwicklungsinstitutionen unter der Schirmherrschaft der Weltbank, statt. 2,2 Milliarden US-Dollar wird das Land im Finanzjahr 1992/1993 von diesem Geberkonsortium erhalten. Nicht nur die Entwicklungshilfe der Weltbank und der Asian Development Bank wird in Form von Krediten gewährt, sondern

auch nahezu zwei Drittel der gesamten bilateralen staatlichen 'Hilfe'.

Über Maßnahmen zum Schutz der Küstenbevölkerung wurde in Paris nicht beraten, so der Leiter der deutschen Delegation, Dr. Preuß vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ). Vergleiche man die Ankündigungen und Programme für den Bau von Schutzmaßnahmen kurz nach der Katastrophe mit den tatsächlich umgesetzten Maßnahmen "so ist nicht viel geschehen." Die Erklärung dafür hat Herr Preuß parat: "Die bengalische Seite verläßt sich zu sehr auf ausländische Hilfe und entwickelt zu wenig eigenes Engagement". Der Leiter des Länderreferats Bangladeshs im BMZ, Herr Mohrbach, schließt sich dieser Sichtweise an. "Die Geberseite drängt die Regierung Bangladeshs. Diese aber verzögert Entscheidungen".

Mangelnde Koordination innerhalb der internationalen Gebergemeinschaft, nachlassendes Interesse der Öffentlichkeit und in den Amtsstuben, die mit der Abwicklung von Entwicklungshilfe beschäftigt sind, hat zu einer Situation geführt, in der die Küstenbevölkerung der nächsten Sturmflut schutzloser ausgeliefert sein wird, als es im April 1991 der Fall war. Selbst die Reparatur der durch die Sturmflut zerstörten wenigen Flutschutzbunker, Straßen und Dämme

ist ein Jahr später noch kaum erfolgt. Gegenseitige Schuldzuweisungen dienen dabei der eigenen Rechtfertigung. Beamte der EG Kommission werfen der Weltbank und Beamten Bangladeshs allzu engstirnige ökonomische Kriterien bei der Bewilligung der Finanzierung von Dammbauten vor; Mitarbeiter des BMZ und der Kreditanstalt für Wiederaufbau beschwerten sich über die Ineffizienz der Regierungsbürokratie Bangladeshs. Die Regierung Bangladeshs hingegen beklagt sich über mangelnde westliche Hilfszusagen und verweist darauf, daß 'Naturkatastrophen' in Bangladesh zunehmend durch die Auswirkungen der globalen Klimaveränderung mit verursacht werden.

125 Millionen US-Dollar reichen aus

Ein auch bei Entwicklungsexperten weit verbreitetes Vorurteil besagt, daß die meisten Menschen bei der Sturmflut im April 1991 auf unbewohnbaren, neu im Deltagebiet entstandenen, Inseln ums Leben gekommen seien. Tatsächlich waren jedoch auf dem Festland insgesamt noch mehr Opfer zu beklagen als auf den bereits seit Jahrhunderten besiedelten Inseln. Seit den sechziger Jahren sind die Inseln von Deichen umgeben, die die Aufgabe haben, die Bevölkerung vor Springfluten und kleineren Sturmfluten zu schützen. Fehlende Flutschutzbunker, die einen zuverlässigen Schutz vor Sturmfluten gewährleisten und gleichzeitig als Schule oder Gesundheitszentrum genutzt werden können, der schlechte Zustand der Küsten- und Inseldämme, die die Wucht von Flutwellen hätten vermindern können, und fehlende Bewaldung werden als Hauptgründe für die Katastrophe angesehen.

Horst Schwörer, Ökonom bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, hält einen effektiven Schutz auch der Inselbewohner für möglich: "1.500 Flutbunker für jeweils 800 Menschen, in den besonders gefährdeten Gebieten, und ebenfalls 1.500 in den nicht so stark gefährdeten Regionen, würden der Bevölkerung im Gefahrenbereich von Sturmfluten das Überleben sichern." In einer Studie der 'Community Development Library' in Dhaka vom Januar 1992 von J. Talukder und M. Ahmad kommen die Autoren zu ähnlichen Schlußfolgerungen: "Es bedarf einer Investitionen von nur 125 Millionen US-Dollar um die notwendigen ca. 3.000 Flutschutzbunker zu bauen. Das Land hat die Kapazitäten um diese Summe zu investieren, wenn unproduktive und unnötige Projekte eingestellt würden". Diesen Berechnungen liegt zugrunde, daß ca. drei Millionen Menschen in den extrem gefährdeten ländlichen Küsten- und Inselregionen Bangladeshs, die in den Distrikten Barguna,

Patuakhali und Bhola, im östlichen Teil der Küstenregion, und in Noakhali, Chittagong und Cox's Bazar, im nördlichen und westlichen Teil der Küstenregion, leben. Zur Zeit stehen aber dieser Bevölkerung weniger als 300 Flutbunker zur Verfügung.

Die EG ist an einem insgesamt 55 Millionen US-Dollar umfassenden Projekt, dem 'Emergency Cyclon Protection II'-Projekt, das hauptsächlich von der Weltbank, Japan, Saudi Arabien und der Asian Development Bank finanziert wird und das die Reparatur und den Bau von neuen Dämmen und Straßen in besonders gefährdeten Gebieten vorsieht, beteiligt. Das Projekt wird überwiegend durch Kredite der Weltbank finanziert. In einer von der EG im Rahmen dieses Projektes in Auftrag gegebenen Studie des Dänischen Hydraulischen Instituts und des Instituts Kampsax International A/S vom 12. November 1991 werden Vorschläge zum Schutz der Bevölkerung entwickelt. Die Studie kommt zum Schluß, daß "nur ein Zehntel der Menschen gestorben wären, wenn bereits vor der Sturmflut die vorgesehenen Baumaßnahmen dieses Projektes umgesetzt worden wären."

Wie teuer ist ein Menschenleben?

Nach der Sturmflutkatastrophe wurde von der Weltbank und der EG im Juli 1991 der lokalen Bevölkerung und den Regierungsbehörden Mittel zugesagt, um die durch die Sturmflut zerstörten Dämme im Küstengebiet und auf einigen besonders gefährdeten Inseln noch vor dem Einsetzen der Frühlingstürme im Rahmen des 'Cyclon Protection II'-Projektes reparieren bzw. wieder neu errichten zu lassen. Auch die 30.000 Bauern des Polders 70, einer Insel mit den Bezirken Dhalghata und Matarbari, stellten sich auf diese Zusage ein. Die Baumaßnahmen sollten im Oktober und November 91 begonnen werden. Anfang Februar 92 teilten Mitarbeiter der Weltbank in Dhaka sowie Vertreter der Regierung der Nichtregierungsorganisation 'Bangla-German Sampreeti' jedoch mit, daß nunmehr aus "ökonomischen Gründen" eine Eindeichung der Insel nicht mehr vorgenommen würde. Dabei beriefen sie sich auf die erwähnte EG Studie, die aufzeigt, daß allein mit dem Verweis auf positive "ökonomische" Auswirkungen der Bau von Dämmen auf dem Polder 70 nicht zu rechtfertigen sei. Die Kosten für den Dammbau übersteige die nachher in einem Zeitraum von 40 Jahren zu erwartende Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Gleichzeitig betont die Studie aber, daß "das wichtigste Ziel des 'Cyclon Protection II'-Projektes der Schutz von Menschen vor schweren Sturmfluten" sei. Der

Protest der lokalen Bevölkerung und Bemühungen des Leiters der 'Bangla-German Sampreeti', dem deutschem Priester Claus Beurle, führten schließlich dazu, daß sich das Büro des Welternährungsprogramms in Dhaka bereit erklärte, Getreide für ein Food for Work Programm zum Dammbau zur Verfügung zu stellen.

Peter Dietzel, Mitarbeiter von 'Bangla-German Sampreeti', der sich bis vor kurzem auf dieser Insel aufhielt, ist jedoch skeptisch, ob der jetzt begonnene Bau eines 32 Kilometer langen Deiches noch vor Einsetzen der Frühjahrsstürme und des Monsuns zum Abschluß gebracht werden kann. "Nach vielen Gesprächen mit der Bevölkerung habe ich den Eindruck, daß nach der absehbaren Überflutung und Versalzung der Reisfelder die Bauernfamilien die Insel verlassen werden. Auch auf der angrenzenden Hauptinsel Mohashkali sind bis jetzt die Deiche nicht repariert worden". Auf dieser Insel lebten vor der Sturmflut 200.000 Menschen. Bereits Ende letzten Jahres sei dort allerdings mit dem Bau relativ stabiler Deiche begonnen worden, die die Garnelenfarmen, die sich auf dem Polder 70 im Besitz von Großgrundbesitzern befinden, schützten. "Die Garnelenfarmen werden geschützt, die Menschen jedoch müssen die Insel verlassen", beklagt Dietzel. Mitarbeiter des Weltbankbüros in Dhaka vertraten gegenüber Claus Beurle die Auffassung, daß eine Umsiedelung der Bewohner der Insel langfristig die "beste Lösung" darstellen würde.

Export von Lebensmitteln

Aus reinen Rentabilitätsgründen wird ein Exportsektor von der Weltbank finanziert, der zur Zerstörung eines natürlichen Schutzwalls gegen Sturmfluten wesentlich beiträgt. Mangrovenwälder werden zerstört, um in steigendem Umfang Garnelen zu produzieren. Auf diesen Exportzweig sind alle Beteiligten besonders stolz, obwohl damit sukzessive die wichtigen Mangrovenwälder entlang der Küste verschwinden. Mühselige und kostenintensive Wiederaufforstung, der Bau von Dämmen und Straßen müssen nun die Lücken schließen, die die abgeholzten Wälder hinterlassen haben.

In den letzten fünf Jahren ist der Garnelensektor mit über 50 Millionen US-Dollar, die von der Weltbank als Kredit zur Verfügung gestellt wurden, aufgebaut worden. "Bis jetzt haben wir den Ausbau des Exports von Garnelen vorbehaltlos unterstützt", meint Dr. Preuß vom BMZ, der ein Umdenken allerdings nicht ausschließt. Der Export von Garnelen nach Japan, in die USA und in die EG ist inzwischen mit einem Anteil von 14 Prozent an den gesamten Devisenein-

nahmen zur drittichtigsten Devisenquelle Bangladeshs geworden. Die Bundesrepublik importierte 1990 über 1.500 Tonnen Garnelen im Wert von 31,6 Millionen Mark. Prof. Adnan Shapan vom 'Research and Advisory Board' in Dhaka bezeichnet diesen Exportsektor als gesamtgesellschaftlich unrentabel, wenn die langfristigen Folgen wie zum Beispiel die Versalzung von Böden und die erzwungene Umsiedelung von Bauernfamilien in einer Größenordnung von mehreren Millionen Menschen mit in die Berechnungen einbezogen würden. "Wenn das Geld, das wir für die Garnelenzucht ausgeben, in die Gesundheit und Bildung unserer Kinder investiert würde, benötigten wir weniger Entwicklungshilfe und würden uns nicht immer weiter verschulden". Ross Wallace, Mitarbeiter des Weltbankbüros in Dhaka und Koordinator zahlreicher Projekte im Bereich des Katastrophenschutzes, sieht dies anders: "Aus ökonomischer Sicht ist die Garnelenaufzucht erwiesenermaßen ein profitabler Wirtschaftszweig. Über die Verteilung des Gewinns, über die soziale Organisation der Garnelenaufzucht entscheidet jedoch die Weltbank nicht."

Reis kontra Garnelen

Besitzer von Garnelenfarmen, in der Regel Großgrundbesitzer, Angehörige der Armee und der Verwaltung, lassen Küstendämme öffnen, um Felder mit

Salzwasser fluten zu können. Dies führt zur beabsichtigten Vertreibung der Bauern, die dort bisher Reis anbauten. Prof. Nishat, Wasserbauingenieur an der Universität von Dhaka, sieht als Folge der Einführung der Garnelenfarmen die totale Zerstörung der Mangrovenwälder in weiten Teilen der Küste Chittagongs. "Diese Gebiete sind nunmehr ungeschützt den Naturgewalten ausgeliefert". Dr. Sultan Hafiz Rahman vom 'Bangladesh Institute for Development Studies' ist der Meinung, daß "bis in die 70-er Jahre hinein diese Wälder, größtenteils Mangrovenwälder, eine Schutzbarriere bei Sturmfluten bildeten." Er schätzt, daß die Hälfte der Küstenbewohner die letzte Sturmflut bei Vorhandensein dieser natürlichen Schutzbarriere überlebt hätten.

Die Vorprogrammierung der nächsten Naturkatastrophe

Ob die Küstenbevölkerung den nächsten Sturmfluten eventuell sogar noch schutzloser ausgeliefert sein wird wie im April 1991, wird von einer anderen Prioritätensetzung der Entwicklungsprogramme abhängen. Die internationale Entwicklungshilfe und die Regierungsbürokratie im Land sind so eng miteinander vernetzt und verfilzt, daß einfache Schuldzuweisungen im Falle einer neuen Katastrophe zwischen Geber- und Nehmerseite nur eine Rechtfertigung eigenen Desinteresses darstellen würden. Nicht

fehlendes Fachwissen, unzureichende Finanzmittel und auch nicht die 'Korruption' - diese stellt bei Projekten mit hoher Priorität kein Hindernis dar -, werden die Ursachen dafür sein, wenn erneut Bilder des Schreckens einer 'Naturkatastrophe' im Golf von Bengalen dieses oder nächstes Jahr zu sehen sein werden. Es ist vielmehr mangelndes Interesse an Investitionen in den Schutz der Bevölkerung und eine "ökonomische Profitabilität" eines Exportsektors, der zur Zerstörung von natürlichen Schutzbarrieren geführt hat.

Bauernfamilien, die aufgrund der Ausdehnung der Garnelenfarmen oder wegen fehlender Schutzmaßnahmen ihr Dörfer verlassen werden, werden sich an der Besiedelung der im Grenzgebiet zu Burma liegenden Bergregion, den 'Chittagong Hill Tracts' (CHT), beteiligen. Seit 20 Jahren versucht die Armee Bangladeshs vergeblich, die ca. 5.000 bewaffneten Kämpfer der Guerillaorganisation 'Shanti Bahini' zu zerschlagen, die sich dem Schutz der in den CHT lebenden Stammesbevölkerung verschrieben hat. Am 10. April diesen Jahres sind bei einem Massaker der Armee im Bezirk von Khagrachari über 1.200 Stammesbewohner von der Armee getötet worden (siehe unten). Die explosive Situation im Grenzgebiet zu Burma aufgrund der über 250.000 burmesischen Flüchtlinge wird sich durch eine Abwanderung der Insel- und Küstenbewohner weiter zuspitzen.

Massaker in den CHT

Die bewaffneten Auseinandersetzungen in den Chittagong Hill Tracts (CHT) forderten in den letzten zehn Jahren Tausende von Opfern. über 50 000 Flüchtlinge leben seit vielen Jahren in den an Bangladesh angrenzenden indischen Bundesstaaten Tripura und Mizoram. Über die Hälfte der ca. 100.000 Soldaten umfassenden Armee Bangladeshs ist in den CHT stationiert, ein Berggebiet im Südosten Bangladeshs an der Grenze zu Burma, in dem sich über 450.000 bengalische Siedler in den fruchtbarsten Regionen seit 1971 niedergelassen haben. Der tropische Regenwald in dieser Region steht aufgrund des unkontrollierten Eindringens von Holzhändlern kurz vor seiner Vernichtung. Durchsetzt ist das gesamte Gebiet von Armeeposten, ein Teil der Bevölkerung lebt in sogenannten 'Wehrdörfern', die von ihren Bewohnern als 'Konzentrationslager' bezeichnet werden.

Im Februar starben über 30 Menschen bei einer Explosion in einem Bus, die von Armeeangehörigen verursacht wurde. Menschenrechtsorganisationen in Bangladesh berichten, daß am 10. April bei einem Massaker der Armee ca. 1.200 Menschen umgekommen sind. Häuser wurden abgebrannt und Männer, Frauen und Kinder erschossen. Diese systematisch durchgeführten Massaker führten in den letzten zehn Jahren zu einer Vertreibung von mehreren hunderttausend Menschen, die entweder nach Indien oder in un-

fruchtbare Gebiete der Bergregion flüchteten.

Am 21. April fand in Paris unter dem Vorsitz der Weltbank das jährliche Treffen der 'Bangladesh Aid Group', in der sämtliche Geberländer und -institutionen zusammengefaßt sind, statt, um mit einer Delegation der Regierung Bangladeshs über den Umfang der Entwicklungshilfe für das Finanzjahr 1992/1993 zu beraten. Es wurden wie jedes Jahr Zusagen in Höhe von ca. 2 Milliarden US-Dollar gemacht. Über das Massaker an der Stammesbevölkerung wurde hingegen nur am Rande gesprochen. Der Leiter der deutschen Delegation beim Paris Treffen, Herr Preuß vom BMZ, verspricht sich von "einem ständigen Dialog über Menschenrechtsverletzungen" mehr als von Sanktionen. "Dieser Aspekt der bengalischen Innenpolitik hatte in den letzten Jahren beim Entwicklungsdialo mit der Regierung Bangladeshs einen untergeordneten Stellenwert." Auch das Büro der Weltbank in Bangladesh unterstützt bzw. toleriert die Politik der Regierung. Für den Mitarbeiter des Weltbankbüros in Dhaka ist die "Besiedelung der CHT und die sich daraus ergebenden Probleme ein zwangsläufiger Prozess. Es ist ein Glück, daß die Militärs in den Hill Tracts sind". Sie würden das gegenseitige Töten von bengalischen Siedlern und den Ureinwohnern verhindern. In dem aktuellen Bericht einer internationalen Menschenrechtskommission wird hingegen von einem drohenden "Völkermord" in der Bergregion Bangladeshs gesprochen.